

Newsletter des Deutschen Behindertenrats 05/2026



Liebe Leser*innen,

im September wird in mehreren Bundesländern in Deutschland der Landtag und auf kommunaler Ebene gewählt. Die erste am vergangenen Sonntag gibt bereits Anlass zu großer Sorge.

Wahlen sind immer ein Moment, in dem politische Weichen gestellt werden. Für Menschen mit Behinderungen ist das besonders relevant: Ob Teilhabe gelingt, Barrieren abgebaut werden und notwendige Unterstützung gesichert ist, hängt wesentlich von politischen Entscheidungen ab.

Auch der Deutsche Behindertenrat (DBR) bleibt deshalb im politischen Austausch und bringt die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen in aktuelle Prozesse ein. Ein Schwerpunkt der vergangenen Wochen war erneut die Eingliederungshilfe: Mit einem Offenen Brief hat der DBR vor den geplanten Einsparungen und möglichen Verschlechterungen gewarnt. Gemeinsam mit weiteren Verbänden und Bündnissen wird derzeit an einer erneuten Positionierung gearbeitet.

Politisch bleibt also viel in Bewegung. Und gerade in Zeiten, in denen wichtige Entscheidungen anstehen, gilt: Menschen mit Behinderungen müssen gehört und beteiligt werden – nicht nur an der Wahlurne, sondern auch bei den politischen Entscheidungen, die ihr Leben unmittelbar betreffen.

Herzlichst,
Ihr Team des Deutschen Behindertenrates

Neues aus der Arbeit des DBR

Behindertenpolitischer Austausch am 17. Juli 2026 im Arbeitsausschuss des DBR

Am 17. Juli 2026 fand der „Behindertenpolitische Austausch“ der Arbeitsausschussmitglieder des DBR als Sommersitzung statt. Wichtige Themen der aktuellen Agenda wurden besprochen und abgestimmt. Dazu gehörten die aktuellen Prozesse des Gesetzgebungsverfahrens zum Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) und die Entwicklungen bei der Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Diskussion im Zusammenhang mit den Reformen der Eingliederungshilfe. Die dritte reguläre DBR-Arbeitsausschusssitzung am 9. September 2026 wird derzeit vorbereitet.

Treffen der DBR-Arbeitsgruppe Barrierefreie Arztpraxen mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Beim jüngsten Austausch der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) mit dem DBR am 23. Juli 2026 standen Fortschritte bei der Richtlinie Barrierefreiheit sowie die Optimierung des digitalen Erhebungstools und der Ärzt*innensuche im Fokus. Um den Ausbau spürbar zu beschleunigen und künftige Digitalisierungsschritte abzustimmen, wurden ein gemeinsamer

Fahrplan und ein engerer strategischer Austausch vereinbart. Zugleich warnte der DBR vor neuen Bürokratiehürden im Gesundheitssystem und kündigte Widerstand gegen drohende Verschlechterungen bei der BGG-Reform an.

Offener Brief des DBR zu den geplanten Einsparungen in der Eingliederungshilfe erschienen

Die DBR-AG „Eingliederungshilfe“ hat als Reaktion auf die drohenden Einsparungen einen Offenen Brief veröffentlicht. Darin heißt es: „Die im Deutschen Behindertenrat zusammengeschlossenen Verbände verfolgen die aktuellen Diskussionen über geplante Einsparungen in der Eingliederungshilfe mit großer Sorge und Bestürzung. Die [Empfehlungen aus dem Dialogprozess Eingliederungshilfe](#) vom 12. Juni 2026 sowie [das Beschlusspapier von Bund und Ländern](#) vom 25. Juni 2026 weisen aus unserer Sicht in die falsche Richtung.“ Der Offene Brief wurde an die relevanten politischen Akteure versendet. Der gesamte Text des Offenen Briefes steht auch [online auf der Seite des DBR](#).

Am 18. August 2026 traf sich ein verbändeübergreifendes Bündnis, organisiert von Carola Pohlen vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, zu der Reform der Eingliederungshilfe. Aufgrund der zu erwartenden Einsparungen und Verschlechterungen einigten sich die Beteiligten darauf, dass eine erneute Positionierung des DBR zu der Thematik erfolgen sollte. Ein entsprechendes Papier wird aktuell erarbeitet.

DBR-AG „Inklusives SGB VIII“ tagte am 20. August

Kurzfristig setzte sich die DBR-AG „Inklusives SGB VIII“ zusammen, da der [Referentenentwurf zur Strukturreform eines inklusiven Kinder- und Jugendhilfegesetzes](#) erschienen war. In der Diskussion wurde unter anderem kritisch beleuchtet, welche Auswirkungen die Planungen zu erweiterten Poolings und die „Experimentierklausel“, auf die Leistungen für die Betroffenen haben könnten.

Veröffentlichungen

• Pressemitteilungen und Stellungnahmen zu geplanten Einsparungen bei der Eingliederungshilfe

- **Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.:** Die Lebenshilfe hat ihre aktuellen Stellungnahmen zu den geplanten Änderungen in der Eingliederungshilfe veröffentlicht. Sie sind unter folgenden Links abrufbar:
[Effizienter Ressourceneinsatz in der Kinder- und Jugendhilfe](#)
[Effizienter Ressourceneinsatz](#)
[Dialogprozess Eingliederungshilfe](#)
- **Sozialverband VdK:** Zum Dialogprozess Eingliederungshilfe schreibt der VdK einleitend: „Obwohl der Dialogprozess bereits im September 2025 begonnen wurde, blieben die Behindertenverbände zunächst außen vor und wurden erst im Februar 2026 eingeladen. Insgesamt fanden nur zwei Termine statt, an denen Verbände überhaupt teilnehmen konnten und mehr oder weniger informiert wurden. Das Format des Dialogprozesses war nicht partizipativ ausgestaltet.“ Der VdK hat eine Stellungnahme zu den Ergebnissen des Dialogprozesses Eingliederungshilfe verfasst [und hier veröffentlicht](#).

• Pressemitteilungen und Stellungnahmen zum Ersten Kinder- und Jugendhilfestrukturreformgesetz (1. KJHSRG)

- **Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland (ABiD):** Inklusion dürfe kein Modellversuch werden. Mit der Reform sollte laut ABiD ein grundlegender Systemwechsel vollzogen werden: Nicht die Art der Behinderung oder die Zuordnung zu verschiedenen Sozialleistungssystemen dürfe darüber entscheiden, wer für ein Kind oder einen Jugendlichen zuständig ist. Maßgeblich müsse allein der individuelle Unterstützungs- und Teilhabebedarf sein. Der vorliegende Regierungsentwurf rücke jedoch von einer bundesweiten verbindlichen Gesamtzuständigkeit ab und beschränke diese auf eine Experimentierklausel für ausgewählte Kommunen. Die gesamte Verbandsposition [ist hier abrufbar](#).
- **BAG SELBSTHILFE:** Inklusive Kinder- und Jugendhilfe darf kein

Modellversuch werden, schreibt die BAG SELBSTHILFE in ihrer Pressemitteilung und fährt fort: Sie kritisiert den Gesetzentwurf als beispielhaftes Alarmsignal dafür, dass die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention erheblich ins Wanken gerät. Die gesamte Pressemitteilung der BAG SELBSTHILFE [findet sich hier](#).

- **Bundesverband Caritas Kinder- und Jugendhilfe (BVKE):** „Zukunftschancen junger Menschen dürfen nicht unter Kostendruck geraten“ – mit diesen Worten wird der „Weckruf“ des BVKE eingeleitet. Darin wird darauf hingewiesen, dass die geplanten Strukturreformen Folgen für Kinder, Jugendliche, junge Volljährige und ihre Familien nach sich ziehen können. Sie warnen insbesondere davor, infrastrukturellen und gemeinsamen Angeboten einen gesetzlichen Vorrang gegenüber individuellen Hilfen und Leistungen einzuräumen. Der gesamte Text [ist hier abrufbar](#).
- **Sozialverband VdK:** Mit den Worten „Jugendhilfereform darf Familien nicht im Stich lassen“ leitet der Verband die Pressemitteilung zur geplanten Reform ein. Der VdK warnt: Die geplante Kinder- und Jugendhilfereform droht zentrale Ansprüche von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen einzuschränken. Auch die inklusive Lösung könnte in ihrer Umsetzung an Ausnahmeregelungen und fehlendem Geld scheitern. Die gesamte Pressemitteilung zum Thema [steht hier online](#).

• **Pressemitteilungen und Stellungnahmen zum Bürokratierückbaugesetz Verkehr**

- **Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK):** Mit der Überschrift „Barrierefreie Mobilität soll unverbindlicher und Frist gestrichen werden – heftige BSK-Kritik“ beginnt die Pressemitteilung des BSK. Die „Änderungen im Personenbeförderungsgesetz“ gehen nach Aussage des BSK wieder einmal auf Kosten von Menschen mit Behinderungen, Seniorinnen und Senioren sowie Familien mit Kinderwagen und kurzfristig Mobilitätseingeschränkten Menschen und wird zu Verschlechterungen führen. Die Pressemitteilung [steht hier online](#).
- **Sozialverband VdK:** Der Sozialverband übt deutliche Kritik am Gesetz zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich. Zwar begrüßt der VdK grundsätzlich die Beseitigung unnötiger bürokratischer Hürden, doch aus Sicht des Verbandes geht die Reform an den Bedürfnissen von Millionen Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen vorbei. [Hier geht es zur Pressemitteilung des VdK](#).

- **Allgemeiner Behindertenverband Deutschland e.V. (ABiD):** Der ABiD äußert sich kritisch zur geplanten GKV-Reform. „Kassendiktat bricht Menschenrechte: ABiD verurteilt Fortsetzung der sozialen Kälte bei der GKV-Reform“ – mit diesen Worten leitet der Verband seine aktuelle Pressemitteilung ein. Weiter kritisiert der ABiD aufs Schärfste, dass Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranke in dieser Reform erneut als reine Einsparmasse und defizitärer Kostenfaktor behandelt werden. Anstatt das System durch die längst überfälligen Strukturreformen und einen konsequenten Bürokratieabbau effizienter zu gestalten, werden die finanziellen Lasten einseitig auf die Schwächsten abgewälzt und Grundrechte mit Füßen getreten. Die ganze Pressemitteilung [ist hier abrufbar](#).

- **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ):** Schule und Kindertagesbetreuung verfolgen unterschiedliche, aber komplementäre Bildungsverständnisse und ihre systematische Verbindung kann eine zentrale Voraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit sein. Das gelingt in der Praxis jedoch noch unzureichend. Zugleich ist das Bildungsverständnis der Kinder- und Jugendhilfe selbst innerhalb des eigenen Feldes kaum klar ausgedrückt. Das Papier der AGJ beschreibt dieses Verständnis daher mit Fokus auf das Handlungsfeld Kindertagesbetreuung. Abschließend werden in dem Papier Erwartungen an Fachpraxis, Träger und Politik formuliert, um ein erweitertes Bildungsverständnis strukturell zu verankern. Das Papier [steht hier online](#).

- **Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK):** Das BBK hat seinen neuen Newsletter versendet – dieses Mal geht es unter anderem um die stattgehabte Sitzung des Umsetzungsbeirates NP Resilienz, das „Zukünftelabor“ und die Forderungen des Bundesrates zur stärkeren Verzahnung von Resilienzstrategien. Der [gesamte Newsletter ist hier abrufbar](#).

- **Bundeselternvertretung KiTa (bevki):** Am 23.06.2026 hatte die bevki zum Runden

Tisch Inklusion geladen, inhaltlich ging es um den Referentenentwurf für ein Erstes Kinder- und Jugendhilfestrukturentwurfsgesetz (1. KJHSG). Nicht alle eingeladenen Organisationen konnten am Austausch teilnehmen, viele hatten ihr Interesse an den Ergebnissen bekundet. Die Zusammenfassung und die Präsentation des Austauschs sowie weitergehende Informationen [sind hier veröffentlicht worden](#).

- **Bundesfachstelle Barrierefreiheit:** Zehn Jahre Bundesfachstelle – darum und noch um mehr geht es im neuen Newsletter der Bundesfachstelle Barrierefreiheit. Diese hat ihr Beratungsangebot für Kleinstunternehmen erweitert und bietet seit Juli Webinare und Sprechstunden an. Dabei geht es vorwiegend um die Umsetzung digitaler Barrierefreiheit. Hierfür ist die Toolbox digitale Barrierefreiheit, die die Bundesfachstelle in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Barrierefreiheit Volmarstein herausgibt, eine Hilfe. Sie bietet Leitfäden, Lernvideos und Apps. Der Newsletter der Bundesfachstelle [steht hier online](#).
- **Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.:** Die Lebenshilfe begrüßt in ihrer Medienmitteilung den Vorstoß von Gesundheitsminister Carsten Linnemann, pflegenden Angehörigen die Rentenbeiträge nicht kürzen zu wollen. „Eltern, die ihr Kind mit Behinderung über viele Jahre pflegen, dürfen dafür nicht auch noch bestraft werden. Meistens sind es die Mütter, die ihre Berufstätigkeit einschränken und zu Hause die Pflege übernehmen. Jetzt muss der Minister außerdem dafür sorgen, dass die Verhinderungspflege erhalten bleibt.“ Die gesamte Medienmitteilung [findet sich hier](#).
- **Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV):** Der DBSV teilt mit, dass es in diesem Jahr keine Verleihung des Deutschen Preises für Audiostories geben wird. Hintergrund ist der Ausstieg der Film- und Medienstiftung NRW aus der Trägerschaft des ehemaligen Hörspielpreises der Kriegsblinden. Nach mehr als 30 Jahren ziehe sich die Stiftung zudem auch aus der Umsetzung des Preises zurück. Als gemeinnützige Selbsthilfeorganisation sei der DBSV nicht in der Lage, die alleinige Trägerschaft zu übernehmen – der Verband könne die Veranstaltung ohne weitere Partner weder finanziell noch personell umsetzen. Die gesamte Pressemitteilung [steht hier online](#).
- **Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR):** Rund 54 Prozent der Kinder sonderpädagogischem Förderbedarf in Nordrhein-Westfalen (NRW) finden sich in Förderschulen wieder. Damit gehört NRW zu den Bundesländern mit der höchsten Exklusionsquote in Deutschland. Dabei lehnen 81,2 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder mit Behinderungen in NRW eine getrennte Beschulung ab. Dieses und weitere Ergebnisse zeigt eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Erstmals wurden landesweit 2.315 Eltern von Kindern mit Behinderungen zu ihren Erfahrungen befragt. Die gesamte Pressemitteilung [ist hier abrufbar](#).
- **Pro Retina:** „Mehr Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit – Wege zum Empowerment für Menschen mit Sehbeeinträchtigung“ unter diesem Motto möchte POR RETINA zu einer Online Veranstaltung anlässlich des Tages der Selbsthilfe einladen. Die gesamte Pressemeldung dazu [findet sich hier](#).
- **Sozialverband VdK:** Der VdK stellt auf seine Webseite aktuelle Informationen zu den Änderungen durch die Pflegereform bereit. „VdK empfiehlt: Jetzt Erstantrag auf Pflegegrad stellen: Die geplante Pflegereform könnte es ab 1.1.2027 erschweren, einen Pflegegrad zu erhalten. Der VdK empfiehlt Menschen mit Unterstützungsbedarf, noch in diesem Jahr einen Erstantrag für einen Pflegegrad zu stellen. Was ist zu beachten?“ [Hier können die Informationen des VdK abgerufen werden](#).

Termine

- **Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V. (APS):** Zum Welttag der Patientensicherheit 2026 findet am **17. und 18. September 2026** vor Ort in Berlin und Online eine Fachveranstaltung statt. Unter dem Motto „Sichere Versorgung chronisch erkrankter Menschen – für ein gutes Leben!“ erwartet Interessierte ein abwechslungsreiches Fachprogramm mit Vorträgen, Diskussionen und Networking.

Das Programm und weitere Informationen [ist hier abrufbar](#).

- **Deutsche UNESCO-Kommission (DUK):** Die DUK lädt am **22. September 2026 von 10 bis 12.30 Uhr** zur „Nationalen Präsentation des UNESCO-Weltbildungsberichts 2026“ im Auswärtigen Amt in Berlin ein. Auf dem Programm stehen unter anderem Beiträge der Staatsministerin im Auswärtigen Amt Serap Güler, des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Michael Brand, des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Johann Saathoff, der Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission Prof. Dr. Maria Böhmer sowie des Direktors des Weltbildungsberichts Dr. Manos Antoninis. Eine [Anmeldung ist hier möglich](#).
- **EUCREA e.V.:** Der Verein EUCREA e.V. lädt am **23. September 2026 um 17 Uhr** zu einem Artist Talk mit Latoya Rey ein. Latoya Rey ist eine blinde, Schwarze Sängerin, die mit ihrer Stimme Themen wie Empowerment, Feminismus und Inklusion auf die Bühne bringt. Mit einfühlsamen Cover-Interpretationen und energiegeladener Performance schafft sie Momente, die bewegen.
Am **27. Oktober 2026** findet um **17 Uhr** der Artist Talk mit Graf Fidi statt. Graf Fidi tritt als Rapper, Speaker und Inklusionsbotschafter auf und macht Song-Auftrags-Arbeiten. Außerdem ist er studierter Sozialarbeiter, ausgebildeter Übersetzer für Leichte Sprache und arbeitet als Medienpädagoge.
Mehr zur Anmeldung und Programm [gibt es hier](#).
- **Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF):** Die EAF lädt am **24. September 2026 von 14 bis 15.30 Uhr** zu einer Online-Diskussionsveranstaltung ein. „Wie kann wirksame Prävention gelingen, ohne zusätzliche bürokratische Hürden aufzubauen? Mit welchen einfachen und wirkungsvollen Maßnahmen kann Sexismus entgegengewirkt werden? Welche Veränderungen in Führung, Kommunikation und Arbeitsorganisation können einen Unterschied machen?“ Diese Leitfragen werden neben einleitenden Impulsreferaten in einer Diskussionsrunde beleuchtet. Hier gibt es [weitere Informationen und Hinweise zur Anmeldung](#).
- **Bündnis 90/Die GRÜNEN Bundestagsfraktion:** Zu einer hybriden Konferenz mit dem Thema „Prävention für die Seelische Gesundheit von jungen Menschen“ lädt die Bundestagsfraktion der GRÜNEN am **9. Oktober 2026** ein. „Die Bundesregierung hat die Strategie 'Mentale Gesundheit junger Menschen' angekündigt, aber lässt weiter auf konkrete Schritte warten. Wir möchten mit jungen Menschen und Expert*innen aus Wissenschaft, Praxis und Politik darüber diskutieren, wie Prävention in den Lebenswelten gestärkt werden kann. Gemeinsam wollen wir konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln und eine wirksame Public-Mental-Health-Strategie formen“, sagten die Veranstaltenden. Die Konferenz ist hybrid angelegt und findet am Freitag, den **9. Oktober 2026 von 12 bis 17 Uhr** im Paul-Löbe-Haus in Berlin statt. Weitere Informationen, auch zur Anmeldung, [sind hier abrufbar](#).
- **Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e. V. (BAPK) -** Der BAPK bietet eine neue Workshop-Reihe an: „Wenn ein nahestehender Mensch psychisch erkrankt, sind oft Orientierung und Austausch nötig. Die neue BAPK-Workshopreihe 'Nah dran' richtet sich speziell an junge Angehörige (18–35 Jahre) und bietet in vier Terminen Raum für Informationen, Reflexion und den Austausch. Themen wie Selbstbestimmung, Kommunikation und Grenzen stehen im Mittelpunkt.“ Der erste Workshop der Reihe findet am **21. Oktober um 19 Uhr** statt. Mehr Informationen [gibt es hier](#).
- **Universität Kassel:** Die Universität Kassel lädt zu einer Konferenz zum Thema Strategische Prozessführung im Behindertenrecht am **4. Dezember 2026 von 10 Uhr bis 16.30 Uhr** in Frankfurt am Main ein. „Die Tagung richtet sich an Akteur:innen aus Wissenschaft und Praxis, insbesondere aus Gewerkschaften, Sozial- und Behindertenverbänden, der Antidiskriminierungs- und Menschenrechtsarbeit, der Anwaltschaft sowie der universitären und außeruniversitären Forschung.“ Die Veranstaltung ist kostenfrei und findet zum Teil in englischer Sprache statt. Verwendet wird beispielhaft das aktuelle Gerichtsverfahren zum Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Es soll aufzeigen, welche rechtlichen Hebel in Zukunft verstärkt genutzt werden können. Programm und Referentenhinweise sowie Ansprechpersonen [sind hier abrufbar](#).
- **Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.:** Zum ASD-

Bundeskongress lädt der Deutsche Verein vom **15. bis 17. September 2027** nach Münster ein. Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) bietet als zentrale Anlaufstelle im Sozialraum für Kinder, Jugendliche und Familien Beratung, vermittelt Hilfen und trägt Verantwortung im Kinderschutz. Angesichts gesellschaftlicher Veränderungen gewinnt der ASD als verbindendes Element zwischen Familien, Institutionen und Unterstützungsangeboten weiter an Bedeutung. Weitere Informationen [gibt es hier](#). Das Programm und die Anmeldevorgaben werden zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht.

Einladung zum Mitwirken

WeAct-Petition zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz

„Kein Gesetz zu Gesundheit, Pflege, Reha oder Teilhabe darf beschlossen werden, ohne dass vorher unabhängig und öffentlich geprüft wurde, was es für kranke, pflegebedürftige und behinderte Menschen bedeutet. Diese Folgenabschätzung muss schon beim ersten Entwurf vorliegen – ohne Ausnahme für Spar-, Finanz- oder Haushaltsgesetze. Wer sparen will, muss vorher sagen, wen das Sparen trifft“, schreibt Rebecca Lefèvre zu ihrer Petition auf der Plattform WeAct. Die gesamte Petition mit der Möglichkeit zur Teilnahme [ist hier zu finden](#).

Sonstiges

Zukünftelabor der Bundesregierung im Juni „Wie leben wir inklusives Katastrophenrisikomanagement im Jahr 2045?“

Am 24. Juni 2026 fand in Berlin das Zukünftelabor „Wie leben wir inklusives Katastrophenrisikomanagement im Jahr 2045?“ statt. Ausgerichtet wurde es vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und der Nationalen Kontaktstelle für das Sendai Rahmenwerk (NKS) im Rahmen des EU-kofinanzierten Projekts „Innovative, Integrated and Inclusive Disaster Risk Management in Germany (3IDRM)“. Mehr Informationen zur Veranstaltung gibt es [hier auf LinkedIn](#) und [hier auf Instagram](#).

Deutscher Behindertenrat (DBR)

c/o BAG SELBSTHILFE
Mariendorfer Damm 159
12107 Berlin

Telefon: +49 (0) 211 31006 - 54/55
Fax.: +49 (0) 211 31006 - 66

E-Mail: info@deutscher-behindertenrat.de
Webseite: www.deutscher-behindertenrat.de

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält oder verlinkt auf Informationen und Inhalte von Dritten. Diese haben wir nicht auf Barrierefreiheit geprüft.

[Vom DBR-Newsletter abmelden](#)